

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geldaltzeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Bruch in Lausanne.

Verschärfter Konflikt zwischen England und Frankreich.

Man hat in den letzten Wochen in Deutschland fast völlig die Orientkonferenz in Lausanne außer acht gelassen, da die Ereignisse an der Ruhr die gespannteste Aufmerksamkeit beanspruchte. Nun meldet sich Lausanne mit einer Reihe wichtiger Vorgänge, die auf die gesamte internationale Lage zurückwirken müssen. Die Krisenstimmung, die auf der Lausanner Konferenz in der letzten Zeit zusehends zunahm, hat jetzt ihren Höhepunkt erreicht. Nachdem vor einigen Tagen der Entwurf des Friedensvertrages mit der Türkei bekanntgegeben wurde, ist in Verbindung damit die Front der Alliierten ins Wanken gekommen. Im letzten Augenblick scheint Frankreich Sonderverhandlungen mit der Angora-Regierung angeknüpft zu haben, um unabhängig von England eine Regelung mit der Türkei zu treffen. Das bedeutet naturgemäß den Zusammenbruch der Bemühungen, die die englische Diplomatie unter Leitung Lord Curzons seit Monaten aufgewendet hat, um Frankreichs Unterstützung für die englische Orientpolitik zu gewinnen.

Wie dem „Echo de Paris“ aus London berichtet wird, hat Lord Curzon gestern eine Unterredung mit dem französischen Delegierten Bompard gehabt, in der er diesem mitteilte, daß die französische Regierung nicht mehr die Freiheit besitze, sich von den beiden Regierungen gemeinsam festgestellten Richtlinien zu entfernen. Bompard stellte jedoch in Abrede, das eine derartige Verpflichtung übernommen worden sei. Das bedeutet eine indirekte Bestätigung des Wunsches Frankreichs, seine Handlungsfreiheit im Orient zu bewahren. Die Vermutung liegt nahe, daß die französische Regierung diese Haltung eingenommen hat, um ein starkes Druckmittel England gegenüber in der Hand zu behalten. Mit aller Deutlichkeit tritt hier der Zusammenhang zwischen der Ruhraktion und der Orientkrise zutage. Je länger die Orientkrise hinausgezögert wird, desto länger kann Frankreich freie Hand im Ruhrgebiet behalten. Aber unabhängig von dieser Rückwirkung auf die mitteleuropäische Politik bedeutet das Auffliegen der Lausanner Konferenz eine Verschärfung der Spannung im Orient, die neue kriegerische Konflikte in sich birgt. Angesichts dieser Perspektive und der weiteren Verschärfung der englisch-französischen Beziehungen ist die Erregung in England verständlich, die in den Äußerungen der Londoner Presse zum Ausdruck kommt.

Lausanne, 30. Januar. (W.Z.B.) Eine hier heute nacht eingetroffene Havas-Depesche, wonach die französische Regierung der Regierung von Angora offiziell mitteilen ließ, daß der der türkischen Abordnung in Lausanne überreichte Friedensvertragsentwurf kein endgültiges Programm bedeute, und daß, falls die türkische Abordnung hier bleibe, auch die französische Abordnung hier bleiben würde, rief in den Kreisen der Konferenz großes Aufsehen hervor.

Kurz nachdem das Pariser Telegramm hier bekanntgegeben worden war, gab die englische Abordnung folgende offizielle Mitteilung an die Presse aus: Die beiden erschienenen Redaktionen über eine Mitteilung der französischen Regierung an die Regierung von Angora, wonach der Vertrag, der morgen der türkischen Abordnung überreicht werden soll, nur eine Reihe von Besprechungen darstelle und zu neuen Verhandlungen führen könne, und wonach die französische Abordnung bereit sei, zu diesem Zweck in Lausanne zu bleiben, findet bei der englischen Abordnung keinen Glauben, da diese Mitteilung eine flagrante Verletzung des vor einigen Tagen zwischen den Alliierten getroffenen Einverständnisses bedeutet, und weil die Veröffentlichung stattfindet, ohne daß sie vorher der englischen Regierung oder der englischen Abordnung mitgeteilt wurde. Die englische Abordnung beabsichtigt nicht, irgend etwas an dem festgesetzten Plan zu ändern.

Dieser Gegensatz, der sich zwischen der französischen und der englischen Kundgebung in der Nacht vor der Vollversammlung äußerte, in der der Friedensvertragsentwurf den Türken überreicht werden soll, übt hier tiefste Wirkung aus.

London, 31. Januar. (W.Z.B.) Zu der Meldung über die Bereitschaft der Franzosen, mit den Türken weiter zu verhandeln, veröffentlicht „Daily News“ an erster Stelle unter der fettgedruckten Überschrift: „Frankreich geht zu den Türken über!“ eine Meldung ihres diplomatischen Berichterstatters, worin es heißt, die alliierte Front in Lausanne sei vollkommen erschüttert, wenn die vom Pariser „Tempo“ gestern veröffentlichte Information richtig sei. Nachfragen, die der Berichterstatter in amtlichen Kreisen angestellt habe, bestätigten diese leider. Die Franzosen hätten demnach bedingungslos kapituliert. Der Berichterstatter weist darauf hin, daß vor 10 Tagen der augenblickliche Leiter der französischen Delegation in Lausanne Bompard nach Paris reiste, um Poincarés Rat einzuziehen. Als er zurückkehrte, sei der Einbruch entstanden, daß er beabsichtige, vor den Türken auf der ganzen Linie zu kapitulieren unter der Begründung, daß Frankreich im Ruhrgebiet so beschäftigt sei, daß es anderswo Frieden um jeden Preis machen müsse.

„Daily Express“ schreibt, Frankreich habe gestern in das britische Lager in Lausanne eine Bombe geworfen. Der Lausanner Berichterstatter des Blattes merkt, die dort gestern eingetroffenen Nachrichten besagten, daß die französische Regierung hinter dem Rücken der britischen geforscht habe. „Daily Mail“ merkt dagegen aus Lausanne, die Franzosen, die in enger Fühlung mit der französischen Delegation ständen, seien ebenfalls über die plötzliche Preisgabe der vereinigten alliierten Aktion in Lausanne erstaunt.

„Daily News“ schreibt in einem Leitartikel, die Nachricht über

das gesonderte Vorgehen der Franzosen sei so ernst, daß eine eingehende Stellungnahme vorbehalten werden müsse, bis eine offizielle Bestätigung der Meldung vorliege. Die Sezession Frankreichs komme wie ein Donnereschlag. Es sei kaum notwendig, die düsteren Aussichten der so geschaffenen Lage hervorzuheben. Auf einen Abbruch der Lausanner Unterhandlungen würde Krieg fast eine Notwendigkeit sein.

Kriegsgefahr im Orient.

London, 31. Januar. (W.Z.B.) Reuter meldet: In Konstantinopel wird nicht daran gezweifelt, daß die allerwahrscheinlichste Folge eines völligen Bruches in Lausanne ein neuer Krieg sein wird. Die Kemalisten haben ihre Truppen im Hinblick auf einen eventuellen Abbruch organisiert. In der Gegend von Konstantinopel stehen ungefähr 20 000 Türken unter den Waffen. In Thrazien befinden sich 30 000 Mann. Die britische Truppenmacht befindet sich in glänzender Verfassung und wird unterstützt von der ganzen Mittelmeer- und einem Teil der Atlantischen Flotte. Auch wenn ein Bruch nicht sofort zum Ausbruch von Feindseligkeiten führen würde, wird es doch nicht möglich sein, den gegenwärtigen Zustand in Konstantinopel auf unbestimmte Zeit fortzudauern zu lassen. Die jüngst erfolgte Ermordung britischer Soldaten hat die Gefahr der Lage gezeigt. Wenn derartige Zwischenfälle sich vermehren, so wird dies zu einem Vorgehen in der einen oder anderen Richtung führen.

Maschinengewehre gegen Arbeiter.

Dortmund, 31. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeiterschaft der Werkzeug- und Autofabrik Dumeig in Bochum hat am Dienstag den Beschlag gelöst, die Wiederherstellung reparationsfähiger französischer und belgischer Automobile abzuwehren. Auf Grund dessen erschien heute morgen in der Stadt Bochum ein Bataillon französischer Soldaten in Begleitung von Maschinengewehren und mehrerer Tankautomobile. Die Hauptstraße wurde vollständig abgesperrt und an einzelnen Straßenecken stellte man Maschinengewehre in Schußbereitschaft auf. Nachdem dieser „Sicherungsakt“ gegen eine Bevölkerung ohne Waffen in geradezu lächerlicher Weise durchgeführt war, befanden ungefähr 30 französische Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett unter Führung eines Offiziers die Fabrik. Der Betriebsrat lehnte abermals die Ausführung der von den Franzosen verlangten Arbeiten ab und protestierte energisch gegen diese gewalttätige Betriebszersetzung. Die Franzosen versuchten augenblicklich die Wegsperrung fahrbereit zu machen, bisher jedoch ohne Erfolg.

Siebzweifelig wurden nach starker militärischer Absperrung der in Frage kommenden Gebiete neue Verhaftungen vorgenommen. Unter anderem sind der Postdirektor und der Telegraphendirektor festgenommen worden. Auch auf dem Zollamt wurden Verhaftungen vorgenommen. Den Vorsteher des Telegraphenbauamts suchten die schwerbewaffneten Eindringlinge vergeblich.

Sperrung der Essener Eisenbahndirektion.

Die leitenden Beamten der Eisenbahndirektion Essen wurden ins unbesetzte Gebiet abgedrängt und, wie üblich, auf der Landstraße ausgehakt. Nach weiteren Oberbeamten wird gesucht. Das Direktionsgebäude ist gesperrt.

Im Eisenbahndirektionsbezirk Ludwigshafen wurde der Eisenbahndirektionspräsident verhaftet. Das im Eisenbahndirektionsgebäude diensttunende Personal ließ man gestern in das Gebäude hinein, aber nicht mehr heraus; es ist also dort interniert. Das pfälzische Eisenbahnpersonal soll sich durch Unterschrift verpflichten, nur den Anordnungen eines französischen Generals Folge zu leisten, der die Pfalzbahnen „übernommen“ hat.

Der undurchführbare Degoutte-Befehl.

Zu der Anordnung, daß von abends 10 Uhr bis morgens 6 Uhr jeder Personverkehr auf den Straßen ruhen soll, hat der Düsseldorfser Regierungspräsident die Besatzungsbehörde darauf aufmerksam gemacht, daß diese Bestimmung in dem dicht besiedelten Gebiet wegen der Früh- und Nachtschichten nicht durchzuführen ist. Ferner wies er darauf hin, daß die Bestimmung, wonach Versammlungen drei Tage vorher anzumelden seien, unmöglich ist, weil bei den schwierigen Verkehrsverhältnissen wirtschaftliche Versammlungen und Zusammenkünfte mehrere Tage vorher anberaumt werden müßten. Die Besatzungsbehörde sagte Prüfung zu.

Dollar 47-49 000!

Der Berliner Devisenmarkt zeigte heute sehr lebhaften Schwankungen. Während gestern in New York die Mark auf einen Kurs zurückgegangen war, der einer Dollarparität von 50 000 entspricht, wurde heute im Vormittagsverkehr zwischen den Banken der Dollar etwas niedriger mit 47 000 Mark gehandelt. Veranlassung zu dieser Abschwächung gaben vor allem die Nachrichten über einen angeblichen Bruch zwischen England und Frankreich auf der Konferenz in Lausanne. Man erwartet von einem solchen Ereignis weitgehende Folgen für die Haltung Englands in der Ruhrfrage. An der Börse setzte eine neue Aufwärtsbewegung des Dollar ein. Gegen Mittag stellte sich der Kurs auf etwa 49 000. Die Effektenpekulation wurde beunruhigt durch Gerüchte über eine angeblich zu erwartende Schließung der Börse. Sie nahm deshalb bei Beginn des offiziellen Verkehrs Gewinnfliehungen vor, die bei verschiedenen Papieren erheblich auf die Kurse drückten. Im weiteren Verlauf der Börse setzte sich aber unter dem Einfluß der großen Käufe des in- und ausländischen Publikums wieder eine Befestigung durch. Besonders westliche und oberösterreichische Montanwerte zeigten neue starke Kursgewinne.

Die neue Wohnungsbaugesetzgebung.

Von Hermann Silber Schmidt.

Die Reichsregierung hat dem Reichstag eine Abänderung des Wohnungsbaugesetzes unterbreitet. Dieser Entwurf fordert, daß die Abgabe von den Nutzungsberechtigten solcher Gebäude und Gebäudeteile, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind, ab 1. Januar d. N. um das Fünffache erhöht werden soll. Ferner soll die Reichsregierung ermächtigt werden, die Höhe der Abgabe mit Zustimmung des Reichsrats abzuändern, das heißt, die Abgabe zu erhöhen, wenn der Wert des Geldes weiter sinkt, oder herabzusetzen, wenn eine wesentliche Besserung der Markt eintreten sollte.

Diese neue Belastung der Mieter, die insbesondere die Lohn- und Gehaltsempfänger trifft, wird eine starke Beunruhigung hervorrufen und dies um so mehr, als die Lasten für den Lebensunterhalt bereits bis zur Unerträglichkeit gestiegen sind. Würden wir aber unsere Stellung zu der Vorlage nur von diesem einen Gesichtspunkt abhängig machen, nämlich davon, ob die neue Belastung bei dem jetzigen Einkommen der Mieter getragen werden könne, so würden wir der Bedeutung der Wohnungsfrage und den in Neubildung begriffenen Wohnrechtsfragen nicht gerecht. Es sei daher gestattet, die Wirkung dieser Abgabe im Zusammenhang zu betrachten und zu prüfen.

Die Wohnungs- und die Mietzinsbildung ist der einzige bedeutende Wirtschaftszweig, für den die Kriegswirtschaft fortentwickelt ist, und in der versucht wird, ein neues Mietzinsbildungs- und Wohnrecht zu stabilisieren.

Das Reichsmietengesetz beseitigt die Alleinherrschaft der Hauseigentümer bei der Festsetzung der Miete. Indem nach diesem Gesetz die Miete nur in der Höhe der gesamten entstehenden Kosten erhoben wird, die zur Erhaltung der Gebäude und der Wohnungen erforderlich ist, wird die Steigerung der Grundmiete verhindert. Ohne die Zwangsbewirtschaftung und ohne die Wirksamkeit dieses Gesetzes wäre die Mietshöhe längst der Geldentwertung gefolgt, und wir hätten heute sicher den tausendfachen Betrag der Friedensmiete zu entrichten, und die Grundrente der Hausbesitzer und die Werte der Hypothekengläubiger wären im gleichen Maße emporgeschneit. Der Wohnungsausschuß des Reichstags hat das vorgelegte Mieterchutzgesetz in erster Lesung fertiggestellt. Dieses Gesetz wird jedem Besitzer einer Wohnung ein gesetzliches Wohnrecht sichern, und die Kündigung der Wohnung wird hiernach nur auf dem Wege einer Klage beim ordentlichen Gericht erfolgen können. Das bedeutet eine völlige Veränderung des Rechtszustandes gegenüber den bisherigen Verhältnissen. Die Entscheidung darüber, ob der Mieter aus seiner Wohnung durch Kündigung entfernt werden kann, wird aus den Händen des interessierten Hausbesizers genommen, und einer objektiveren Stelle zur Entscheidung unterbreitet. Das ist der Anfang eines demokratischen Wohnrechts und einer Mietzinsbildung, die eine unrechtmäßige Bereicherung der Hauswirte und der Hypothekengläubiger verhindern kann.

Diese geringen zeitgemäßen Errungenschaften werden allerdings von den meisten bürgerlichen Parteien und den materiell interessierten Kreisen mit allem Nachdruck bekämpft, und wenn es nach deren Wunsch geht, so werden diese Einrichtungen nur eine vorübergehende Erscheinung bleiben, und an deren Stelle wird recht bald die freie Wirtschaft der Vorkriegszeit treten. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Herbeiführung dieser freien Wirtschaft für alle Mieterkreise eine sehr große Gefahr bedeutet. Der beste Schutz hiergegen ist erstens die Erhaltung des alten Wohnbestandes, damit keine Wohnung vorzeitig dem Verfall anheimfällt und damit eine weitere Steigerung des Wohnraummanngels eintritt. Dazu ist erforderlich, daß das Reichsmietengesetz in allen seinen Einzelheiten strikte durchgeführt wird und sich die Mieter bereithalten, die Mittel zur Instandsetzung und zur dauernden Erhaltung der Wohnungen bereitzustellen; zweitens: durch eine möglichst umfangreiche Wohnungsneubauaktivität durch die Erfassung aller verfügbaren Wohnraumes und Ausnützung aller Baulichkeiten, die zu Wohnzwecken um- und ausgebaut werden können, eine möglichst hohe Anzahl neuer Wohnungen zu errichten, damit die Wohnungsnot nicht weiteren Umfang annimmt, sondern zahlenmäßig herabgemindert wird.

Wenn dieses Ziel erreicht werden soll, so werden wir uns entschließen müssen, auch die hierfür erforderlichen Mittel aufzubringen. Würden in diesem Falle die Mieterkreise versagen, so muß die Nachfrage nach Wohnungen und die Wohnungsnot selbst in einem Umfange steigen, daß die Not alle Dämme der organisierten Wohnungsbewirtschaftung durchbricht und die Mietzinsbildung und das in Bildung begriffene Wohnrecht mit in den Abgrund reißt. Die Folgen sind leicht zu übersehen. Auch hier bietet uns Oesterreich ein sehr lehrreiches Beispiel. Dort beschlossen bereits die Hausbesitzer, den neunzehnhundertfachen Betrag der Friedensmiete als Mietzins zu fordern.

Außerdem kommen noch folgende Gesichtspunkte in Betracht: die Fortführung der Wohnungsbaupolitik ist bei den heutigen Baukosten nur möglich, wenn für jede Wohnung ein erheblicher Zuschuß aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt wird und dessen Höhe mit der weiteren Geldentwertung steigt. Der Hauptanteil dieser Kosten muß aus der Wohnungswirtschaft selbst genommen werden, wie jeder wird zugeben müssen, der volkswirtschaftlich zu denken vermag. Darüber sind auch die Vertreter der politischen Parteien, die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter aller

Richtungen und die Vertreter der Mieterorganisation einer Ansicht. Sie gehen von der richtigen Erkenntnis aus, daß die Wohnungsbauaktivität unter keinen Umständen stillgelegt werden darf. Denn das würde bedeuten, daß die gesamte Bau- und Baustoffindustrie stillgelegt würde, die heute ein Drittel unserer gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit ausmacht. Die Ausschaltung dieses Wirtschaftszweiges würde den völligen Zusammenbruch unserer gesamten Wirtschaft herbeiführen und unsere Wohnungspolitik und Wohnungskultur derart in Gefahr bringen, daß den Millionen Wohnungsloser jede Hoffnung genommen würde, jemals wieder ein eigenes Heim zu bekommen. Sie würde ferner eine nicht abzusehende Arbeitslosigkeit heraufbeschwören.

Betrachten wir die neue Abgabe im Lichte dieser Tatsachen, so dürfte es kaum einen einsichtigen Politiker oder Wirtschaftler geben, der angesichts solcher Gefahren nicht bereit wäre, den Mietern zu empfehlen, die erforderlichen Mittel aufzubringen. Es sei denn, man wüßte den Zusammenbruch aus politischen oder aus materiellen Erwägungen einer Partei oder eines Standes herbeizuführen. Andererseits ist es unsere parteigegenständliche Pflicht, auszusprechen, daß die Wohnwirtschaft aus eigenen Kräften die Mittel aufbringen muß, die zur Erhaltung des alten Wohnbestandes und zur Erbauung neuer Wohnungen notwendig sind. Es kann noch eingewandt werden, daß das Reichsmietengesetz und dessen Ausführungsbestimmungen höchst unbefriedigend sind, ferner, daß das Mieterschutzgesetz ebenfalls große Mängel aufweisen wird und daß das bisherige Baukostenabgabengesetz den Baustofffabrikanten und Baustoffhändlern bisher riesige Gewinne ermöglichte. Das ist zuzugeben. Daß diese Gesetze und deren Durchführung zu berechtigten Klagen Anlaß geben, wird niemand bestreiten wollen. Die Hauptschuld daran trägt die heutige Zusammensetzung des Reichstages, und ferner jene bekannten Schwierigkeiten, die heute der Durchführung einer jeden neuen Einrichtung entgegenstehen. So wichtig es ist, die Bedeutung dieser Vorkommnisse richtig zu erkennen und deren Abhilfe anzustreben, so darf doch nicht verkannt werden, daß es immerhin nur Nebenerwägungen sind, und es besteht die Gefahr, daß durch unsere Egoisten und einseitig denkende Mieterkreise die Aufmerksamkeit von der Kernfrage abgelenkt und auf diesen Nebenweg abgelenkt wird. Wir sollten uns hüten, auf diesem Wege zu folgen.

Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, daß alles aufzubieten ist, das den wucherischen Gewinnbestrebungen ein Ziel setzt und die Baustoffe verbilligt. Davon muß sogar die Stellung unserer Partei zu dieser Vorlage abhängig gemacht werden. Diese Aktion wird nach zwei Richtungen zu führen sein. Einmal zur sofortigen Verbilligung bestimmter Baustoffe durch Verordnungen oder Verfügungen und zum anderen in Maßnahmen mit dem Ziele, die Monopolwirtschaft und Preisringbildung der Kartelle und ähnlicher Organisationen aufzuheben, die Einschaltung der Konkurrenz zu ermöglichen und ferner den Konsumenten Kontroll- und Mitbestimmungsrecht zu sichern.

Es bleibt noch zu erwägen, ob die Mieter aus dem bisherigen Einkommen die neuen Lasten werden bestreiten können, insbesondere unter der Berücksichtigung der Notwendigkeit, die zu einer Ausführung eines Bauprogramms von mindestens 50 000 Wohnungen nötig. Hierfür dürfte der angeforderte fünfzehnfache Betrag auch dann nicht ausreichen, wenn noch andere Finanzquellen herangezogen werden. Diese außerordentliche Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger müßte durch eine besondere Erhöhung der Löhne und Gehälter abgedeckt werden. Die Durchführung dieser notwendigen Aufgabe darf nicht allein den Gewerkschaften überlassen bleiben, sondern daran müssen Regierungen, Behörden und Arbeitgeber im eigenen Interesse und in eigener Pflichterfüllung mitwirken. Das alte Gesetz über Wohnungsabgabe sieht Befreiungen für eine Anzahl sozial schwächerer Schichten vor. Die jetzige Vorlage erweitert diesen Kreis um mehrere Kategorien, z. B. Rentenempfänger der Invaliden- und Angehörtenversicherung, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene

und sonstige Militärentner, Kleinrentner und Personen, die Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- oder Waisenspensionen beziehen. Es ist ernstlich zu prüfen, inwieweit noch weitere Befreiung notleidender Schichten möglich ist.

Der Kommunistenstreich von Dresden.

Aus der sozialdemokratischen Fraktion des sächsischen Landtags wird uns zu dem neuesten Kommunistenstreich geschrieben:

Die Kommunisten haben am Dienstag wieder einmal gezeigt, daß sie nichts anderes sind, als der Vortrupp der Reaktion; manchmal gewinnt es sogar den Anschein, als ob gewisse kommunistische Kreise direkt im Dienste von Gruppen stünden, die kein Interesse an dem Wiederaufrichten des Staatswesens im Sinne der Demokratie haben.

Sie traten in den Landtag ein, nachdem sie im Wahlkampf alles Mögliche und Unmöglichste versprochen hatten. Im Landtag selbst erklärten sie, daß sie nicht gekommen seien, um positive Mitarbeit zu leisten. Als sie einige Monate die Arbeit gesehen hatten, entschloß sich der damalige Fraktionsredner das Geständnis, daß die Arbeit wirklich nicht leicht sei. Doch dies Geständnis hielt nicht lange vor. Goh Weimer, der sich vernünftige Anwendung hatte, wurde ausgeschickt und die kommunistische Fraktion begann ihr verderbliches Treiben. Wo sie nur konnten, griffen die Kommunisten nicht etwa die Reaktion, sondern die sozialistische Regierung, die sie selbst erst mit ermöglicht hatten, auf das heftigste an. Die kommunistische Mißbilligung hat es erst den bürgerlichen Parteien ermöglicht, den vorigen Landtag nach Hause zu schicken und damit die Tätigkeit der sozialistischen Regierung auf Wochen lahmzulegen. Wichtige Gesetze sind damals unerledigt geblieben, deren Durchführung von unschätzbare Bedeutung für die Festigung des neuen Staatswesens gewesen wären. Wir erinnern dabei nur an das Gesetz über die Pflichten der Beamten gegenüber der Republik und an die Gemeinde-reform.

Der Ausgang der Wahl brachte eine Linksmehrheit. Die Kommunisten gewannen sogar einen Sitz mehr nicht etwa dank der Durchschlagskraft ihrer Argumente und ihrer bisherigen Arbeit, sondern dank der unglücklichen Verhältnisse, die zu einem wesentlichen Teile der Ausschluß des Friedensvertrages sind.

Die Sozialdemokratische Partei vertrat selbstverständlich wieder den Standpunkt, daß in Sachen nur eine sozialistische Regierung in Frage kommen könne. Da wir allein die Mehrheit selber nicht erreicht hatten, verhandelten wir mit den Kommunisten, denen es sehr unangenehm war, daß sie es nur mit einer Sozialdemokratischen Partei zu tun hatten. Jene Verhandlungen verliefen beinahe ergebnislos. Trotzdem kam die sozialistische Regierung zustande, denn die Kommunisten stimmten im Landtage für den Ministerpräsidenten Busch, aber sie wollten und können nichts lernen. Wüste Angriffe, Beschuldigungen und Verleumdungen, das war eigentlich der Tenor aller kommunistischen Reden, die wir im neuen Landtag gehört haben. In keiner Phase der ersten Willen tatkräftiger Mitarbeit im Sinne der neuen Zeit, ganz wahllos stellten sie Forderungen um Forderungen auf, ohne je daran zu denken, ob die Durchführung möglich ist oder nicht.

Jedenfalls wollten die Kommunisten für ihren Parteitag in Leipzig einen dramatischen Auftakt schaffen und die kleinen Geister glaubten dabei zweifellos, daß sie bei den Oberen der kommunistischen Zentrale eine gute Note bekommen würden. Daraus ist ja schließlich auch der Antrag, dem Minister des Innern Bismarck ein Mißtrauensvotum zu erteilen, entstanden. Die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sollten ihnen helfen, ihren Parteitag wieder flott zu machen. Den Vorwand dazu bot eine Wulle-Versammlung in Leipzig, für deren Verbot der Minister nicht gesorgt hat, weil dazu keine rechtliche Handhabe vorlag.

Diese an sich wenig weltbewegende Wulle-Versammlung gab den Kommunisten Anlaß für ein Vorgehen, mit dem das sächsische Volk ungewein geschädigt wird, denn die Folge ist nichts anderes, als daß die Arbeit der Regierung und des Landtags wieder ganz unbehindert unterbrochen wird. Es geht wieder eine Menge Zeit verloren, und den Schaden davon haben nicht zum wenigsten die schaffenden Kreise der Bevölkerung. Den reaktionären Parteien

kann es nur lieb sein, wenn ihnen die Kommunisten immer wieder dazu helfen, wichtige gesetzgeberische Aktionen hinauszuschieben. Die Kommunisten zeigen sich immer deutlicher als die Zuträger für die antirepublikanischen Tendenzen. Deshalb gehören sie in eine Linie mit den Haken und öffentlichen Falschisten. Sie müssen von den Arbeitern mit derselben Energie bekämpft werden, wie jene Kreise um Hiler und Wulle.

Der kommunistische Parteitag.

Auf der gestrigen Tagung des kommunistischen Parteitages wurde die Nachricht von dem Sturz der sächsischen Regierung mit „stürmischem Beifall“ aufgenommen. Unter stürmischen Kundgebungen der Delegierten wurde die Forderung aufgestellt, ein Betriebsrätekonferenz solle über die Bildung einer Arbeiterregierung entscheiden. Der Vorsitzende bemerkte dazu, das Ereignis gebe Veranlassung „ein Hoch auf die sächsische Arbeiterschaft, auf die Revolution in Deutschland und auf die Weltrevolution auszubringen“. Die Delegierten „stimmten stürmisch in das Hoch ein und singen die Internationale“.

In der Diskussion über den Bericht der Zentrale betont ein Redner:

„Die Aufgabe des Tages ist für die KPD. zunächst die Zerlegung der SPD. Die SPD., die sich vor den Massen durch die Ruhrzustände z. B. wiederum als Vorkämpferin des Nationalismus entlarvt hat, die den Achtstundentag vertrat und die in der Betriebsrätebewegung dem revolutionären Proletariat in den Rücken fällt, kann jetzt sehr gut von uns distanziert werden.“

Diese beiden Äußerungen des Parteitages beweisen zur Genüge, daß die kommunistische Partei heute noch daselbe ist, was sie früher war. Voller Konfusionen und Illusionen ist ihre ganze politische Einstellung immer nur noch auf den Generalkrieg, den Ruth Fischer in jedem zweiten Zuge fordert, auf die „Aktion“ putzschiffisch eingestellt. Sie können ohne eine Aktion nicht leben. Da sie gegen die Bourgeoisie keine Aktion zustande bringen, so begnügen sie sich zunächst mit den Aktionen gegen die Sozialdemokratie. Den Sturz der sächsischen Arbeiterregierung begrüßen sie wie das Bürgerium mit Jubel, trotzdem sie genau wissen, daß die Redensart von einem Betriebsrätekonferenz, der jetzt eine Arbeiterregierung zu bilden habe, im besten Falle kindische Phantasereien und im schlimmsten Falle demüthete Provokationen sind.

Die KPD., die von Diskussionsrednern als die einzige Partei gepriesen wird, die einen Ausweg zeigen kann, die „den gährenden suchenden Massen gegenüber als geschlossene einheitliche Partei“ dastehen, ist in Wahrheit so wenig geschlossen, daß sie ihre wirklichen Differenzen in der Dunkelkammer einer geschlossenen Tagung erliegen muß, so daß auf dem öffentlichen Parteitag nur noch ein Nachklang der außerordentlich scharfen Gegensätze zum Ausdruck kommt. Von den Sprechern der linken Opposition wird immer wieder der Partei Mangel an „Aktivität“ vorgeworfen. Sie hat nämlich des Rathenau-Nordes nicht den Generalkrieg durchgeführt. Sie hat es bei der Ruhrbesetzung zu keiner „Aktion“ gebracht, sie hat immer wieder mit den anderen Parteien, der SPD. und USP. „verhandelt“, sie hat nach einer „Koalition mit der SPD. geschickt“. Stürmisch wird's, als Stolzenburg-Olsen in Verteidigung der Zentrale die Opposition angreift. Schließlich aber werden die verschiedenen spaltenlangen Resolutionen zur politischen Situation einer Redaktionskommission zum Ausschick übertragen.

In einer Reihe von Abstimmungen wird u. a. ein Antrag Berlin-Brandenburg, wonach jedes Mitglied der kommunistischen Partei aus der Religionsgemeinschaft ausgetreten habe, mit 120 gegen 70 Stimmen abgelehnt. Die Abstimmung über einen Antrag, wonach nur solche Mitglieder wichtige Parteifunktionen bekleiden können, die zehn Jahre in der Arbeiterbewegung tätig sind, wird zurückgestellt. Durch seine Annahme würden fast alle Vorkämpfer der Linken gezwungen sein, ihre Funktionen niederzulegen. Im Schlußwort stellt Meyer als Referent fest, daß die Diskussion nichts Wesentliches gebracht habe. Die entscheidenden Abstimmungen finden statt, wenn die Arbeit der Redaktionskommission vorliegt.

Der schwedische Gesandte in Berlin, Freiherr von Cilen, ist nach längerer Krankheit im Alter von 50 Jahren gestorben.

Kanarienhäufel.

Von Bruno Manuel.

Wenn ein praktischer Kaufmann es läuten hört, daß Amerika für einen Kanarienvogel dreißig Dollar bezahlt, stabilisiert er sich auf der Stelle als Verkäufer für den lohnenden Artikel.

Wenn ein praktischer Journalist was läuten hört, schreibt er auf der Stelle einen Artikel. Im Falle der Kanarienvogel einen über Singvögel im allgemeinen, über Kanarienvogel im besonderen und daß Amerika für das Stück dreißig Dollar bezahlt. Dann stabilisiert sich alle praktischen Kaufleute als Verkäufer für den lohnenden Artikel, — und wir sind im Nu um eine Häufel reicher. Würde ein Journalist auch ein praktischer Kaufmann sein, — so könnte er sämtliche Gastaglonis des modernen Geschäfts neidisch machen, indem er so tut, als ob Kanarienvogel gar nicht gesucht sind, als ob er sich sucht dabei. Eines Tages ist er dann ein reicher Mann.

Von der Sache mit den Kanarienvögeln und den Dollarpreisen hat zufällig ein praktischer Journalist und kein praktischer Kaufmann was läuten hören. Sein Blatt machte das große Ereignis zweispaltig auf und alle praktischen Kaufleute riefen sich beim Besen vergnügt die Hände.

Das hat gerade noch gefehlt. Es kann uns passieren, daß die Metallkäufer sich auch auf Kanarienvogel legen; doch auf der schwarzen Tafel unter dem Tagespreis für Fleisch die Kanarienvogel zu stehen kommt. Selbstverständlich hat sie sich nach dem Dollar zu orientieren. Es kann uns ferner blühen, daß die Metallliebe von den Regengöttern und Türklinten ablassen und sich dem Vogelsang widmen, wobei sie natürlich die Vogelbauer wegen ihrer vernickelten Metallstücke gleich mitnehmen.

Übrigens werden zahlreiche Kanarienvogel auf die trostreichste Aussicht hin ihren Weibchen Männchen und ihren Männchen Weibchen zugeflogen. Es werden auf der Hut sein, daß ja nicht der Akt der Fortpflanzung vernachlässigt wird. Es wird ein Gezwitscher geben und eine Flitterwochenherrlichkeit. Zu Tausenden werden die kleinen Kanarienvogel dem gegenwärtigen Amerika entgegengepien. Der erste Verfeger, der mit einer Broschüre über Verhaltensmaßregeln gegen hochbrennige Kanarienvogelherauskommt, wird ein Bombengeschäft machen.

Es wird auch ideale Vogelstreunde geben. Die werden sagen: Ach laßt dich nicht! Weil sie ihr Tier lieb haben und ihre Liebe kein Geschäft machen. Sie sollten es dennoch tun. Ihre Auffassung von Vogel ist falsch. Was übrigens ein idealer Vogelstreund ist: so geht er in den Wald und nicht in die gute Stube, um einen Vogel fangen zu hören.

Der Grad deutscher Dollararbeit läßt vermuten, daß Kanarienvogel bei uns über kurz oder lang Seltenheit werden. Den amerikanischen Vogelhändlern ist das recht. Sie schicken ihre Reisenden mit dicken Briefstücken nach Deutschland. Aber sie kaufen bloß

die Vogelhandlungen leer und davon hat der Privatmann nichts. Vielleicht läßt es sich so einrichten: an den Haustüren, wo früher die Zettel für Wohnungen und Schlafstellen hingen, schlägt jeder Mieter an, wieviel Kanarienvogel er abzugeben hat. Die Amerikaner kommen dann mit Möbelwagen vorgefahren, die sowieso nicht gebraucht werden.

Die gerade Linie ist zwischen zwei Punkten der schnellste Weg — und der sicherste.

Deutsches Künstler-Theater: „Magdalena“, von Ludwig Thoma.

Eine ausgezeichnete, von Emil Lind inszenierte Aufführung, die aber doch den Eindruck, der von der Premiere dieses Thoma'schen Volksstückes her noch im Gedächtnis haftet, nur bestätigte. So traurig die Geschichte des thüringisch-schwaben Landmädchens ist, das aus der Stadt, wo sie auf Abwege gerieten, unter polizeilichem Geleit ins Heimatdorf abgehoben und, nach vergeblichem Versuch, wieder einzuwurzeln, durch die gefällige Hege der Dorfgemeinde abermals verjagt wird — es fehlt der Kern dramatischer Bewegung, die festliche Vertiefung, die Fülle der Kontraste. Das Schicksal wird nicht zum Bühnenbild gestaltet, die Hörer werden nicht in den Bann gezogen. Unwohlstündlich kommt einem die Erinnerung an Hauptmanns Aole Berndt und an die weit verschlungene Welt des inneren Geschehens, die sich da aufspielt.

Prächtig war Ilka Gruning als alte fränke Mutter, die in schlichter Güte zu dem unglücklichen Geschöpfe spricht, durch alle Schichten der Vermittlung in dem erkrankten Herzen ein Fünkchen hoffenden Vertrauens wecken möchte. Ganz einfach, von Arbeitslast gebeugte Bäuerin und doch verklärt von einem stillen Glanze vernehmlich milder Menschlichkeit. Sehr echt die Raabolina, Dagmar Servaes, wie sie trotzig und verschüchtern an der Seite des Gendarmen von der lohnenden Menge verfolgt, ins Zimmer tritt und dann den warmen Worten der Mutter wieder und wieder immer nur Anklagen des Unrechts entgegenhält. Vortrefflich gelangen auch die Szenen des Mittelaktes, als die Verleibtheit in den jungen Knecht, die Hoffnung, ihn zum Wanne zu gewinnen, sie fröhlich stimmt und das Spiel ihrer derben Reize entfaltet. In der dumpfen Beschränktheit ihres Wesens merkt sie gar nicht, wie ihre Judrinigkeit ihn abstoßen muß, bis der Bursche, von den Kameraden aufgeschmeißt, arabisch sprechend sie wegstößt. Das nimmt ihr auch den letzten Haß. Dem harten Vater gab Stahl-Nachbar marant charakteristische Erscheinung.

Dem düsteren Gemälde folgte als beilerer Abschluß Thomas vielgepielter Einakter „Erster Akt“ — aus Zeiten, in denen bauerliche Art noch nicht durch die Erasse reaktionären Pöbelstums kompromittiert war. Der Typ des Thoma'schen Josef Fister, des Defensiven und Abgerundeten, kam in der Darstellung Klein-Rohden's höchst uffa heraus. Ihm assistierte Sternberg als fulgurant-ebeler ararischer Genosse. Heinrich agierte den im stillen immer entrückten Ministerialrat Mag Adalbert, seit alters her berühmt in dieser Rolle, perfektierte wieder in der Figur des Ruppiner Hartmannsreidens James das renommierteste, schneidig an der „Spitze der Zivilisation“ einhermarschierende Preußentum. Die Heiterkeit war groß.

Die Zukunft der Dresdener Kunststätten. Der Auseinandersehungsvertrag zwischen dem Freistaat Sachsen und dem früheren Königshaus ist nach langwierigen Verhandlungen abgeschlossen worden. Wie in dem „Kunstwanderer“ berichtet wird, geben die großartigen Sammlungen des Hauses Wettin fast vollständig in den Besitz des Staates über, und zwar wird das Eigentum an ihnen einer neu errichteten Kulturstiftung übertragen, deren Zweck die Erhaltung und Weiterführung der Sammlungen im Interesse der Allgemeinheit ist. Diese Stiftung erhält auch das Eigentum an den aus Versteigerungen von Sammlungsgegenständen herrührenden Erlösen sowie an verschiedenen Gegenständen, die geliehen oder überwiesen wurden. Unter den geliehenen Gegenständen befinden sich auch die sechs Raffaschen Kobelins im Jwingert. Dem Hause Wettin verbleiben nur verschiedene Gegenstände, die für das frühere Königshaus von besonderem Interesse und für die Sammlungen entbehrlich sind. Diese ausgewählten Gegenstände haben einen Gesamtwert von 41,5 Millionen Mark. An den Staat fallen auch die geschichtlich bedeutungsvollen Ausstellungen in den Festräumen des Dresdener Residenzschlosses und den Führungszimmern des Schlosses Pillnitz. Schloss Moritzburg verbleibt im Besitz des früheren Königs; dieser ist aber verpflichtet, die Besichtigung zu gestatten. Der Staat kann, falls das Haus Wettin etwas von diesem Bestium veräußern will, von seinem Vorkaufrecht jederzeit Gebrauch machen.

Die Lunge als „Ofen“ des Körpers. Die besondere und bisher noch nicht genau erforschte Tätigkeit der Lunge im Haushalt unseres Körpers wird durch Versuche von Rogers neu beleuchtet, über die in der „Anschau“ berichtet wird. Die Lunge ist hauptsächlich, und zwar in viel stärkerem Maße als die Leber, ein Fettstoffwechsler des Körpers beteiligt. Während die Leber besonders die Kohlehydrate, den Zucker, an sich zieht und umwandelt, verarbeitet die Lunge die Fette, die ihr vom Darm her durch den Milchbrustzugang und das Venenblut zufließen. Zu gleicher Zeit zieht die Lunge die Fette aus allen Teilen des Körpers mit Hilfe der roten Blutkörperchen an sich und leitet so zu dem eigentlichen „Ofen“ unseres Organismus, zu seiner Hauptwärmequelle. Das halbe Pfund Lavoisier geizt, aber erst durch die neuesten Fortschritte der Wissenschaft wird es bewiesen und damit unsere Auffassung der Krankheiten beeinflusst. Gewisse Formen der Fettsucht beruhen z. B. auf ungenügender Tätigkeit der Lungen.

Alfred Schold hat mehrere Wochen vor seinem Tode seine letzten Werke, einen Band Gedichte „Gesicht in den Wolken“ und eine dramatische Dichtung „Der Unde des Volkes“ dem Reichs-Verlag übergeben. Der Gedichtband enthält in seinen Lagen. — Sonnabend wurde der tote Dichter in Kitzbühel zu Grabe getragen. Die kleine Stadt betrauerte den Heimgang ihres schätzenswerten Bürger. Ein Begräbnis ohne jeglichen Prunk, aber in der Reinheit und Klarheit der schneidigen Landschaft wahrhaft zu Herzen gehend.

Deutsche Plakatkunst für Amerika. Prof. Lucian Bernhard, der Berliner Plakatmaler und Lehrer an der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerkschafts, hat jetzt auf Einladung eines amerikanischen Interkontinentalen nach den Vereinigten Staaten. Es heißt dort der Plakat, die bedeutendste deutsche Plakatkunst in den Dienst der amerikanischen indultierten Propaganda zu stellen.

Vor neuen Attentaten?

München, 31. Januar. (U.) Zu der Meldung der „Münchener Post“ von einem Scheidemann-Attentat durch Nationalsozialisten erklärt die Münchener Polizeidirektion, daß ein Mitglied der Nationalsozialistischen Partei für sich den Entschluß gefaßt habe, ein Attentat auf Scheidemann zu verüben. Auf Zureden anderer Parteilangehöriger kam er jedoch von diesem Entschluß wieder ab, ohne vorher irgendwelche Vorbereitungen zur Ausführung der Tat getroffen zu haben. Der Mann mußte, da ihm etwas Strafbares nicht nachzuweisen war, wieder freigelassen werden.

Provokateure an der Arbeit.

Bremen, 31. Januar. (U.) Gestern Abend fand im Gewerbehause eine Versammlung des Verbandes nationaler sozialistischer Soldaten statt. Einige Kommunisten versuchten in den Saal einzudringen. Sie wurden jedoch hinausgeworfen und die Türen verriegelt. Die Versammlung selbst verlief ruhig. Nach Schluß der Versammlung gegen 11 Uhr zog ein Trupp von circa 1500 Versammlungsteilnehmern über Bischofsplatz nach der Köhlerstraße, um vor dem französischen Konsulat zu demonstrieren. Sie sangen patriotische Lieder und hinter ihnen zogen kommunistische Elemente, die die Arbeitermarke schrien. Ein großes Aufgebot der Sicherheitspolizei war jedoch vorher alarmiert und hatte vor dem Konsulatsgebäude Aufstellung genommen. Bei Eintreffen des Zuges vor dem Konsulatsgebäude wurde dieser angehalten. Nach anderstündigen Nachfragen ließ ein Hillmanns Hotel zu Reibereien gekommen sein, wobei ein Mann lebensgefährlich verletzt wurde. Eine Befragung dieser Nachricht war bisher noch nicht zu erreichen.

Tschechoslowakei und Ruhrbesetzung.

Prag, 31. Januar. (U.) Im Außenamt des Abgeordnetenhauses hat gestern Minister des Aeußeren Dr. Benesch eine längere Rede über die anstehende Lage gehalten, wobei er sich hauptsächlich mit der Ruhrbesetzung beschäftigte, ohne für den französischen oder deutschen Standpunkt Partei zu nehmen. Bei der Darstellung der Reparationskrise erwähnte er, daß die Pariser Konferenz scheitern mußte, weil der französische und englische Standpunkt in keiner Weise vereinigt werden konnten. Die Vorschläge Deutschlands, die offiziell nicht bekanntgegeben wurden, erreichten eine Reparationssumme von 20 Milliarden in bar und weitere 10 Milliarden in Sachlieferung.

Bezüglich der Vorgänge in Ungarn erklärte Dr. Benesch, daß sie in letzter Zeit dadurch an Bedeutung zugenommen haben, daß die gemeinsame Intervention der Kleinen und Großen unternehmen werden mußte. Man könne nicht zulassen, daß in bezug auf Rüstungen und militärische Vorkehrungen etwas geschehe, was gegen die Verpflichtungen des Friedensvertrages gerichtet sei. Das bedeute aber nicht, daß augenblicklich etwas zu unternehmen wäre. Im Gegenteil seien alle Gerichte über militärische Vorbereitungen der Tschechoslowakei leeres Gerede.

Bei Besprechung der Lausanner Konferenz erklärte Dr. Benesch, daß das Verhalten Sowjetrußlands zu den Westmächten in den letzten Monaten gespannter sei denn je. Die letzten Ereignisse hätten in Sowjetrußland die Tendenz gestärkt, zur früheren Politik der Revolutionierung zurückzukehren. Doch glaubt der Minister nicht, daß Sowjetrußland selbst in einen Krieg ziehen wolle, da keine Situation nicht derart ist, daß es einen Krieg führen könnte. Tatsächlich seien aber in Sowjetrußland verschiedene Vorbereitungen im Gange, auch solche militärischer Natur. Ueber den tschechischen Standpunkt betonte Dr. Benesch, die tschechische Regierung werde weiterhin für den Frieden bemüht bleiben, insbesondere was Mitteleuropa angehe.

Die belgische Partei appelliert an Dranting.

Brüssel, 30. Januar. (W.) Wie die „Agence belge“ meldet, beschloß die Generalrat der sozialistischen Partei in seiner heutigen Sitzung mit der Ruhrfrage und nahm eine Mitteilung des englischen sozialistischen Abgeordneten Dugton entgegen, der zum Ausdruck brachte, daß durch die Besetzung des Ruhrgebietes eine Lösung des Reparationsproblems nicht ermöglicht werde. Der Generalrat beschloß, den schwedischen Ministerpräsidenten Branting telegraphisch zu ersuchen, die Ruhrfrage vor den Völkerverbund zu bringen.

Vor einem neuen Ultimatum?

Paris, 31. Januar. (U.) Aus Düsseldorf meldet Havas: Mehrere deutsche Blätter kündigen an, das Ruhrgebiet solle am 1. Februar abgeschlossen werden. Es ist klar, daß diese Mitteilung auf keiner sicheren Grundlage beruht. Die Mittel, um diese Schließung herbeizuführen, stehen bereit; aber die alliierten Regierungen werden ihren Augenblick wählen. Es wäre möglich, daß vorher ein neues Ultimatum an Deutschland abgefordert würde.

Kopferbrechen über die Regelung der Geldfrage.

Paris, 31. Januar. (U.) Bertinog teilt im „Echo de Paris“ mit, daß bei den gestrigen Besprechungen De Trocqueurs mit der belgischen Regierung keine Einigung in der Frage der neuen Geldregelung für die besetzten Gebiete erzielt werden konnte, obwohl die Notwendigkeit hierfür anerkannt worden sei. Es seien alle möglichen Lösungen geprüft worden: Beibehaltung der Markwährung, Schaffung eines rheinischen Talers oder einer rheinischen Mark, Verwendung der Frankenwährung im besetzten Gebiet. Es wurde aber immerhin eine Einigung dahin erzielt, daß die Frage nicht so gelöst werden dürfe, daß dadurch eine Inflation des französischen Geldes herbeigeführt werde.

Devisenkurse.

	31. Januar		30. Januar	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 Holländischer Gulden	19270.08	19373.32	15561.—	15659.—
1 argentinische Papier-Peso	17903.12	17994.58	14503.50	14630.50
1 belgischer Frank	2543.62	2556.38	2154.60	2165.40
1 norwegische Krone	8952.56	8997.44	7182.—	7218.—
1 dänische Krone	9251.81	9298.90	7831.62	7868.38
1 schwedische Krone	13067.25	13182.75	10473.75	10528.25
1 finnische Mark	—	—	1002.48	1007.52
1 japanischer Yen	—	—	10251.75	10348.25
1 italienische Lire	2804.22	2815.78	1855.35	1864.65
1 Pfund Sterling	226931.25	228063.75	182043.75	182938.25
1 Dollar	48877.50	49122.50	39650.62	39849.38
1 französischer Frank	2877.78	2892.22	2428.91	2441.09
1 brasilianischer Milreis	—	—	4503.56	4560.44
1 Schweizer Frank	9117.15	9165.85	7881.50	7418.50
1 spanische Pesta	7471.27	7508.73	6184.50	6215.50
100 österr. Kronen (abges.)	—	—	55.11	55.39
1 tschechische Krone	—	—	1142.18	1147.82
1 ungarische Krone	—	—	14.80	14.94
1 bulgarische Pesta	—	—	230.40	240.60
1 jugoslawischer Dinar	—	—	370.15	340.83

Schnee und Matsch.

Von den vielen hunderttausend Berlinern und Berlinerinnen, einschließlich der Schulpflichtigen, ist wohl heute morgen kaum einer in die Fabrik, ins Bureau oder in die Schule gekommen, der nicht aufgeweckte Stiefel, nasse Strümpfe und kalte Füße gehabt hätte. Die Folge wird wieder eine Zunahme der Grippe sein, die bei der geringen Widerstandskraft der minderbemittelten Bevölkerung ein rasches Weiterverbreiten der Grippe haben wird. Die Ursachen dieser traurigen und unergieblichen Zustände sind nicht etwa bei den „himmlischen“ zu suchen, die uns diesen Dreck bescheren, sondern in dem völligen Versagen der Reinigung der Bürgersteige und auch in der unzureichenden Reinigung der Straßen bzw. der Bahnhöfe. Daß die Städtische Straßenreinigung schon am frühen Morgen auf dem Posten war und tatkräftig versucht hat, mit den geringen ihr zur Verfügung stehenden Kräften gegen die Elemente anzukämpfen, geht daraus hervor, daß wenigstens die Straßenübergänge gereinigt waren. Damit wäre dem Publikum schon bedeutend geholfen gewesen, wenn die Hausbesitzer ihre Pflicht getan hätten und die Bürgersteige rechtzeitig von dem Schneeschlamm hätten reinigen lassen. Was aber soll man dazu sagen, wenn selbst die Hausverwaltungen staatlicher Gebäude in einem Umfange versagen, den man nicht für möglich hält? Der minderbemittelten Bevölkerung, die mit völlig unzureichendem Schuhwerk über die Straße laufen muß, erwachsen aus diesen Umständen die größten Gefahren für die Gesundheit, und es vermag zu einem geringen Trost zu dienen, wenn mitgeteilt werden kann, daß bereits ein Ortsgesetz vom 24. Januar 1923 geschaffen ist, das die gesamte Straßenreinigung von Groß-Berlin einheitlich regelt, zurzeit aber noch dem Oberpräsidenten zur Befestigung vorliegt, die hoffentlich angeht dieser grauenhaften Zustände nicht mehr lange auf sich warten läßt. Wir haben zweifellos noch nicht die letzten Schneefälle erlebt, da in unseren Breitengraden bekanntlich bis in den Mai hinein Schnee fällt. Man wird aber auch die Vermutung nicht los, daß es die polizeilichen Aufsichtsorgane manchmal an der nötigen Energie fehlen lassen, um die Hausbesitzer an ihre Pflicht im Interesse der Allgemeinheit zu erinnern. Oder sollte es etwa daran liegen, daß die für Befestigungen dieser Art aufgestellten Ordnungsstrafen noch immer nicht der Geldentwertung angepaßt sind? Solange aber die neue Verordnung nicht heraus ist, kann man im Interesse der Bevölkerung verlangen, daß die alten Verordnungen zur Anwendung kommen. Eine besondere Lässigkeit scheint in dieser Beziehung auch in gewissen westlichen Vororten vorzuherrschen, wo man die Willkür besitzer schalten und walten läßt, wie sie wollen. Hoffentlich hat das jetzt die längste Zeit gedauert.

Der Kampf um die Berliner Häfen.

Die Vorlage des Magistrats, die eine fünfzigjährige Verpachtung der Berliner Hafenanlagen an ein großes Verkehrsunternehmen unter der Führung der Firma Schenker u. C. vorzulegen, hat ein förmliches Wettrennen um die Häfen veranlaßt. Unter Führung des Berliner Spediteurs Koch hat sich eine Gegengruppe gebildet, in der hauptsächlich die Berliner Klein- und Mittelspediteure, wie auch einzelne Kreise des Berliner Großhandels vertreten sind. Diese Kreise entfalten eine lebhafteste Agitation gegen das Magistratsprojekt, da sie von der Schaffung einer zentralen Hafenverwaltung unter der Führung der Firma Schenker u. C. eine Monopolisierung der Berliner Hafen- und Ladearbeiten befürchten. Zu einem eigentlichen Gegenangebot sind diese Kreise aber bis heute noch nicht gekommen. Trotz der lebhaften Pressepropaganda in den Scher-Wäldern haben sie bis jetzt keinerlei ernsthaftes Angebot machen können. Weder für die Zahlung einer einmaligen Summe in gleicher oder größerer Höhe wie der Schenker-Konzern, ohne die der Magistrat die Häfen überhaupt nicht fertigstellen kann, noch für eine dauernde leistungsfähige Organisation des zukünftigen Berliner Hafenbetriebes. Wohl aus diesen Gründen ist es zu erklären, wenn diese Gruppe jetzt sich in einem neuen Schreiben an die Stadtvorordneten darauf beschränkt, von der Stadtvorordnetenversammlung und dem Magistrat nur noch zu fordern, daß sie für diese Gruppen die Möglichkeit eines Erwerbs von 25 bis 30 Proz. der Aktien bis zum Oktober d. J. verträglich gesichert wird. Der städtische Ausschuss, der sich gestern zum ersten Male mit dem Vertragsentwurf beschäftigte, wird am Donnerstag in die Einzelberatung des Vertrages eintreten. Den Berliner Spediteuren ist nahegelegt worden, bis dahin sich über ein endgültiges Angebot schlüssig zu werden. Man nimmt an, daß die Beratungen bis zur nächsten ordentlichen Stadtvorordnetenversammlung am 8. Februar beendet sein werden.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich in ihrer letzten Sitzung mit der Vorlage beschäftigt und beschlossen, vorbehaltlich der Stellungnahme zu den Einzelheiten des Vertrages, der vom Magistrat vorgeschlagenen Lösung beizutreten.

Taler-Segen.

Manche Leute zerbrechen sich immer noch den Kopf darüber, wo die neuen Taler geblieben sind. Sie sind verschwunden, wie einst die Gold- und Silberstücke, wie noch ihnen die Nickel- und Kupfermünzen, wie schließlich auch das Geld aus Eisen und Zink und Aluminium. Die neuen Taler sind zum allergrößten Teil gar nicht erst in den Verkehr gelangt, so daß nur wenige Münzstücke so ein Ding überhaupt zu sehen geliegt haben. Man will künftig ganz auf die Prägung von Hartgeld verzichten, weil bei der fortschreitenden Geldentwertung der Renntwert des neuen Geldes sehr rasch durch die Herstellungskosten überholt wird und im übrigen doch alles Hartgeld sofort wieder in den Händen der Münzenhändler verschwindet. Daß aber lange noch nicht alle Stücke der den Sammlern gelangt und verkauft worden sind, davon kann man sich überzeugen, wenn man die Schaufenster der Münzenhändler besichtigt. Im Zentrum Berlins hat eine Briefmarken- und Münzenhandlung noch einen sehr reichlichen Vorrat neuer Taler, die im Schaufenster offen ausgelegt sind und mit unerschämtem hohem Aufschlag angeboten werden. Vor nicht langer Zeit las man hier die Preisangabe 150 M. pro Stück, kürzlich wurde sie auf 200 M. pro Stück erhöht und inzwischen ist sie vielleicht schon wieder höher angelegt worden, alldieweil der Papiermarkwert weiter gesunken ist. Sollte es wirklich kein Mittel geben, den Handel mit solchen wenigstens formell noch „taufierenden“ Münzen zu unterdrücken?

Das Attentat auf den Staatsanwalt.

Ein im Untersuchungsgefängnis verübtes Attentat auf den Staatsanwaltschaftsrat Pottentbauer hatte gestern ein Nachspiel vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Angeklagt wegen gefährlicher Körperverletzung war der Strafanstaltsoberschwärmer Drews. Seit längerer Zeit schwebt ein Strafverfahren gegen mehrere Beamte des Pöbelsers Gefängnisses, die Durchsuchungen mit Besangenen verübt haben sollen. Zu den verhafteten Beamten zählt auch der jetzige Angeklagte Drews. Der das Vernehmungsverfahren leitende Staatsanwaltschaftsrat Pottentbauer hat wiederholt in dem Mobiliar Untersuchungsgefängnis Vernehmungen der Beschuldigten vorgenommen. Bei einer dieser Vernehmungen geriet der Angeklagte Drews in Wut und griff plötzlich den vernehmenden Staatsanwalt tätlich an. Er schlug auf ihn ein und traf so unglücklich, daß das Augenglas des Staatsanwaltschaftsrats zersplittert wurde und ihm Splitter in das Auge eindringen, so daß eine erhebliche Schwächung der Sehkraft eintrat. In der Verhandlung wurde von dem Verteidiger geltend gemacht, daß der Angeklagte unzurechnungsfähig sei. Das Gericht lehnte jedoch die

diesbezüglichen Anträge ab. Der Staatsanwalt beantragte neun Monate Gefängnis. Das Gericht ging jedoch mit Rücksicht auf die außerordentlich schweren Folgen der Tat des Angeklagten erheblich über die beantragte Strafe hinaus und erkannte auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis.

Die rächende Kugel.

Bei einem Einbruch erschossen wurde heute früh der Arbeiter Franz Redus aus der Moriamenstr. 25. In dem Hause Dranienstraße 61 betreibt der Gastwirt Otto Hars eine Konditorei und Café. Um sich gegen Einbrecher zu sichern, hatte er von den Geschäftsräumen eine Lärmvorrichtung nach seiner Wohnung im ersten Stock anlegen lassen. Heute früh gegen 5 Uhr schlug die Kugel an. Hars eilte ans Fenster, öffnete es und sah, wie ein Mann gerade aus einem Fenster der Konditorei herauskam, er sah noch auf der Fensterbrüstung, um hinauszuspringen. Hars rief ihn an und der Einbrecher erwiderte mit Drohungen. Jetzt gab der Wirt einen Schuß ab. Der Einbrecher fiel vom Fenster herunter und blieb liegen. Sofort kamen noch drei weitere Männer heraus, die ebenfalls eine drohende Haltung einnahmen. Die Einbrecher waren durch das Einschlagen der Kugel, das sie gehört hatten, gefürchtet worden. Als Hars noch ein weiteres Mal schoss, ergriffen die drei die Flucht und ließen den vierten Mann liegen. Hars glaubt, einen der Flüchtigen auch noch getroffen zu haben. Der erste, auf den er schoss, hatte eine Kugel in den Kopf erhalten und war tot. Es war, wie die Kriminalpolizei des 107. Reviers feststellte, ein gewisser Franz Redus. Die Einbrecher hatten bereits für 2 Millionen Mark Wäpore und Geldeswert zusammengepackt, hatten aber alles müssen liegen lassen. In den Taschen des Erschossenen fand man die gestohlene Kaffeemaschine und den Schlüssel zur Registrierkasse.

„Wie ist die Wohnungsnot zu beseitigen?“

Die Ortsgruppe Bremen der Deutschen Friedensgesellschaft erläßt ein Preisausschreiben mit der Frage: „Wie ist die Wohnungsnot zu beseitigen?“ Absicht ist, vor allem zunächst einmal die Möglichkeiten für einen umfangreichen Wohnungsbau aufzuzeigen. In Bremen sind ausgelegt 50 000, 30 000 und 20 000 M. ferner sind Anläufe vorgelegen. Durch Anlage in oldenburgischer Roggenanweidung wird das Geld vor weiterer Entwertung geschützt. Einfindungsloshalt ist der 15. März dieses Jahres. Sammelstelle ist bei dem Vorsitzenden der Bremer Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft Dr. Menges, Bremen, Sielwall 68, wo auch gegen Rückporto ein ausführlicheres Programm der Ausschreibung zu erhalten ist. Im Preisrichterkollegium sitzen auch die Herren Stadtbaurat Bruno Laut-Magdeburg und Generalsekretär Adolf Otto von der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft, Berlin-Grünau.

Die neuen Werkstoffe. Die Direktion der städtischen Gaswerke hat den von der Stadtvorordneten im Januar ab zu berechnenden Gaspreis für die Versorgungsgebiete der Gemeindegaswerke Groß-Berlins auf 210 M. für das Kubikmeter festgesetzt. In diesem Preis ist der von den Stadtvorordneten beschlossene Zuschlag von 5 Proz. zugunsten der Kranken- und Wohlfahrtskassen enthalten. Die von anderer Seite verbreiteten Mitteilungen, wonach der Gaspreis im Februar auf 500 M. steigen würde, sind noch verfrüht. Der zuständige Ausschuss der Stadtvorordneten, der mit der Festlegung der Tarife auf Grund der Kohlenkaufes betraut ist, hat seine Beratungen noch nicht beendet. Allerdings ist zu erwarten, daß die neue gewaltige Kohlenpreiserhöhung auf den Gaspreis erheblich einwirken wird. — Ein merkwürdiges Schicksal hat der Strompreis für Januar. Der dieser Tage von der Direktion der StEW. veröffentlichte Preis von 275 M. stützt sich lediglich auf die Preisveränderungen der Elektrizitätswerke und bedarf noch der Zustimmung und Nachprüfung durch die städtischen Körperschaften, da die Kohlenkaufes für die Berechnung des Strompreises am 31. Dezember 1922 abgelaufen ist und für den Januar ein Beschluß der Stadtvorordneten, nicht nur der Werkdirektion erforderlich ist. Die Frage, ob und auf wie lange die Kohlenkaufes auf für die Elektrizitätswerke verlängert werden soll, beschäftigt erst morgen den hierfür eingesetzten Stadtvorordneten-Ausschuss.

Ein neues Montessori-Kindergarten wird am 1. Februar in der Berode Düsselroder Str. 3 in Berlin-Mitte eröffnet in der Form eines Halbtags-Kindergartens. Es soll hauptsächlich den Kindern der arbeitenden Bevölkerung dienen, doch werden Kinder aller Eltern aufgenommen. Anmeldungen bei der Lehrerin Fräulein Ochs am 30. und 31. Januar vormittags 9—12 Uhr in der Berode oder vorher schriftlich nach Berlin NW., Cuvhavener Str. 18, Gartenhaus.

Die Räumungsklage gegen einen Fünfundachtzigjährigen, die (wie wir berichteten) auf Antrag des Hauswirts vom Mietnennungsamt Treptow genehmigt wurde, ist bisher nicht eingereicht worden. Wir erfahren, daß sie einstweilen auch nicht eingereicht wird und daß die Gemeinde um Hilfe für den Greis und seine auch schon hoch in den Sechzigern stehende Gattin ersucht werden soll. Hoffentlich gelingt es, dauernd zu verhüten, daß die alten Leute aus ihrem bescheidenen Heim vertrieben werden.

Im Stadtvorordnetenentscheidungsbericht (in Nr. 50) läßt ein Druckfehler uns von „reichen Vororten“ sprechen. Dafür ist zu setzen: einige Vororte.

Ein treuer Abonnent des „Vorwärts“ ist mit dem Fiskus Karl Engel, Straßburger Str. 41, dahin gegangen. Seit 1885 las er ununterbrochen keinen „Vorwärts“, bis ihn vor etwa einem halben Jahre ein koronales Leiden auf das Krankenlager warf. Am 27. Januar, Sonnabend Abend, ist er von seinem Leiden erlöst worden. Die Einäscherung findet am Freitag, den 2. Februar, im Krematorium Gerdtstr. 37/38, statt.

In der Treptow-Sternwarte finden folgende Veranstaltungen statt. Mittwoch, 31. Jan., abds. 8 Uhr: „Kampf mit dem Berg“ (Film). Sonnabend, 3. Februar, abds. 8 Uhr: „Schadstoffe Südpolexpedition“ (Film). Beobachtung mit dem großen Fernrohr: täglich von 2—5 Uhr für Kinder und von 5—10 Uhr der Mond, Doppelsterne und Nebelnebel. Vorträge durch das astronomische Museum täglich von 9 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends.

Der Hauptbahnhof von Mailand eingeeicht.

Der Hauptbahnhof von Mailand steht in Flammen. Seit Mitternacht breitet sich das Feuer mit rasender Schnelligkeit aus. Das Hauptgebäude ist bereits vollständig zerstört. Die Mailänder Faschisten wurden aufgeboten, doch gelang es ihnen nicht, des Feuers Herr zu werden. Es werden alle Anstrengungen unternommen, um die Häuser und Hotels in der Umgebung des Bahnhofes zu schützen. Die Ursache des Feuers ist noch unbekannt.

Hungertod eines deutschen Gelehrten. Der bekannte Bibliophile Hugo Hahn, der Verfasser vieler Bibliographien, ist kurz nach seinem 80. Geburtstag in einer Pflegeanstalt in Dresden gestorben. Der Gelehrte litt an einem schweren Hungerleiden. Er hatte große Not gelitten und bereits Teile seiner Bibliothek verkaufen müssen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig wärmer, zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend trüb mit geringeren Niederschlägen und ziemlich trüblichen westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

31. Abt. Belegte 335, 336, 1 u. 2. Sababend nicht heute, sondern Mittwoch, den 7. 7. Uhr, der Robins, Cuvhavener Str. 17.

Morgen, Donnerstag, den 1. Februar:

9. Kreis, Wilmersdorf. 8 Uhr bei Peter, Volkshaus, Ecke Galtener Straße: Funktionärinnen-Versammlung (Agitation, Wohlfahrtsfrage und Kinderhaus). 14. Kreis, Neukölln. Bezirksvorordnete. Sämtliche Mitglieder der Wohnungskommission 7½ Uhr Sitzung im Rathaus. Kreislicher Jungsozialisten. Jugendheim Konigsplatz, Vortragabend: Expressionismus. — Sonnabend, den 3. Februar: Fahrt nach der Dübrower Str. Treffpunkt 9½ Uhr Ringbahnstation Neukölln.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Holzarbeiterkampf.

Von der gestrigen Versammlung der Holzarbeiter, deren Beschlüsse bereits in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ mitgeteilt wurde, ist noch zu berichten:

Die Betriebsräte, Vertrauensleute und Funktionäre des Deutschen Holzarbeiterverbandes nahmen am Dienstag in den Kammerräumen zu der kritischen Lage in der Holzindustrie Stellung. Referent war Böse, der den Verhandlungsstand eingehend schilderte. Daraus ging hervor, daß die Arbeitgeber weitere Zugeständnisse, als die in der Freilagerversammlung beantragten, nicht machen wollen. Um einen Konflikt zu vermeiden, wollten sie eventuell noch 5 Proz. zulegen. Diese äußerst minimale Zulage sei jedoch unannehmbar und damit der Kampf unvermeidlich. In der nun folgenden Diskussion wurde das Verhalten des Unternehmens scharf verurteilt. Sämtliche Redner sprachen sich für den Streik aus, worauf die Versammlung einstimmig folgende Entschlüsse annahm:

„Die am 20. Januar 1923 in den Kammerräumen tagende kombinierte außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes sieht in dem neuen Angebot der Arbeitgeber kein Entgegenkommen und lehnt dasselbe ab. Da die Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie in der ihnen gewährten Frist neue Verhandlungen abgelehnt haben, auch die vom Deutschen Holzarbeiterverband eingereichten reduzierten Vorschläge nicht anerkennen, beginnt, zwecks Erfüllung der Forderung, am 31. Januar der Kampf.“

Der Streik erstreckt sich auf die Betriebe der Mitglieder der Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie, deren Inhaber es ablehnen, die aufgestellten Forderungen zu erfüllen. Die Einstellung der Arbeit erfolgt nach vorheriger Verständigung mit der provisorischen Streikleitung. Die Verwaltung mit der Streikleitung erhält Vollmacht, etwaige Betriebe, die nicht am Kampf teilnehmen, aber diesen durch Weiterarbeit beeinflussen, stillzulegen. Um die aufgestellten Forderungen in kurzer Frist zur Durchführung zu bringen, beschließt die heutige Funktorenversammlung, daß den Anordnungen der Verwaltung und Streikleitung unbedingt Folge zu leisten ist.“

Aufgabe der Funktionäre ist es, den Arbeitgebern noch einmal die alte Forderung (siehe Januarwoche 35 Proz., vom 28. Januar bis 3. Februar 60 Proz., vom 4. Februar bis 10. Februar 75 Proz., und vom 11. Februar bis 17. Februar 90 Proz. Zulage) vorzulegen. Wird diese Forderung abgelehnt, so ist der Verband sofort zu benachrichtigen. Ein Antrag, der die „arbeitsgemeinschaftliche Einstellung“ des Verbandes verurteilt, ferner die Zurückziehung der Ruhrkommunisten der Gewerkschaften verlangt, wurde abgelehnt.

Jahresversammlung der Textilarbeiter.

Der Deutsche Textilarbeiter-Verband (Zentrale Berlin) hielt am 29. Januar in der „Königsbühl“ seine Jahresversammlung ab, in der Gruhl, Vorsitzender der Ortsverwaltung, den Jahresbericht für 1922 gab. In seinen Ausführungen ging der Redner auf die Vorgänge im verflochtenen Jahre näher ein, schilderte die Entwicklung und Tätigkeit des Verbandes, insbesondere die Ergebnisse der Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern. Er kam zu dem Schluß, daß alle erreichten Lohnsteigerungen von der riesigen Teuerung schnell überholt worden sind. Weiter streifte Redner die Streiks im Berichtsjahre und hob hervor, daß die Begründung einer Jugendabteilung mit Erfolg vollzogen werden konnte. Vom neuen Jahre sei ein weiterer Aufstieg des Verbandes zu erhoffen.

Ueber die Kassenlage wurde vom Kassierer Schein berichtet. Die Einnahme stellte sich auf 9695 404 M., die Ausgabe auf 9332 040 M. Der Hauptkassier konnten 6041 414 M. überwiesen werden.

Von den im Arbeitsnachweis gemeldeten 708 Stellen für männliche Arbeiter konnten 644 besetzt werden, in der weiblichen Abteilung von 2677 Stellen 2640. Die Mitgliederzahl stieg um 1785.

Der Antrag, den Sozialbeitrag ab 1. März auf 10 Mark festzusetzen, erhielt die Zustimmung der Versammlung. Sämtliche Mitglieder der bisherigen Ortsverwaltung wurden wiedergewählt.

Löhne der Herrenschneider.

Ueber die am Montag in Mannheim zentral geführten Lohnverhandlungen für die Wollschneider wurde in einer ausführlichen Versammlung der im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband organisierten Herrenschneider am Dienstagabend im „Deutschen Hof“ vom Branchenleiter Faustmann berichtet. Für Berlin beträgt der Stundenlohn ab laufende Woche 700 M., in den beiden folgenden Wochen 770 und 870 M. In Prozentzahlen ausgedrückt stellt sich die Zulage auf etwa 60 bzw. 77 und 100 Proz. Der bisherige Qualifikationszuschlag von 5 Proz. für Zeitschneider bleibt bestehen, ebenso bleibt der Zuschlag von 10 Proz. für Heimarbeiter.

In dem Jahresbericht der Geschäftsleitung, der ebenfalls von Faustmann erstattet wurde, verbreitete sich der Redner über die Vorgänge im verflochtenen Jahre, insbesondere über die erreichten Arbeitsbedingungen. Am Anfang des Berichtsjahres betrug der Stundenlohn 12,50, am Schluß des Jahres 310 M., zurzeit beträgt er 435 M. Das abgelaufene Jahr sei das bewegteste für die Gewerkschaft gewesen und habe der Ortsverwaltung riesige Aufgaben gestellt. Diese habe sich wie vor dem schon bemerkt, das Beherrschungswesen auf eine bessere Grundlage zu bringen, namentlich eine höhere Entschädigung für die Belehnte zu erreichen, ein erwünschter Erfolg sei aber nicht erreicht worden. Man zähle den Belehnten noch Wochenlöhne von 25, 50 und 75 M. Klage dagegen müsse vor dem Innungs-Schiedsgericht geführt werden und verspreche keinen Erfolg. — Nach dem Referat wurde die Wahl von 8 Mitgliedern für die Branchenkommission, eines Branchenleiters sowie die der 63 Delegierten zur Generalversammlung vorgenommen. Die Kommunisten hatten eine besondere Liste aufgestellt. Das Ergebnis der Wahlen liegt noch nicht vor.

Kaffeehausbesitzer und Musiker.

Aus Musikerkreisen schreibt man uns: Unter den Kaffeehausbesitzern Groß-Berlins gibt es viele, denen die neue Zeit mit ihrer etwas besseren Verteilung der Rechte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einfach ein Grauel ist. Besonders scharfmächtig gebildet hat der Geschäft- und Verhandlungsführer des Kaffeehausverbandes bzw. des Arbeiterverbandes im Gastwirts-gewerbe, Herr von Stepsgardh. Dieser Herr, der früher eine leitende Stellung im Zentralverband der Gastwirts-angehörigen bekleidete und als Vertreter der Gastwirts-angehörigen sehr stark gegen die Arbeitgeber zu Felde zog, vertritt jetzt als Beauftragter der Arbeitgeber deren Interessen in einer so übermäßig rabulischen Weise, wie es einem wirklichen Arbeitgeber kaum möglich sein dürfte.

Herr v. Stepsgardh hat es ungewöhnlich gebracht, daß der Verein der Kaffeehausbesitzer von Groß-Berlin in seiner letzten Sitzung zu folgenden Beschlüssen kam: 1. Mit dem Deutschen Musiker-Verband sind keine neuen Tarife mehr abzuschließen. 2. Am 1. Februar ist in sämtlichen Betrieben den Musikern zu kündigen. 3. Die Räume werden einseitig dem Arbeitgeberverband ausgemietet. Dazu wurde schon in einer früheren Sitzung beschlossen, für die Musiker einen „Abwehrschein“ einzuführen, d. h. also die Musiker unter die „Gesundordnung“ zu stellen. Daß derartige provokatorische Beschlüsse durchaus geeignet sind, die Musiker in die stärkste Erregung zu versetzen, versteht sich am Bande. Und wenn die Musiker sich über kurz oder lang zu ganz energischen Gegenmaßnahmen schreiten, so dürfte das mehr als erklärlich erscheinen. Für alle unliebhaften Dinge, die daraus entstehen, können sich dann die Unternehmer bei ihrem Geschäftsführer v. Stepsgardh bedanken.

Wie sie arbeiten.

Vom Arbeiterrat der Hüttenwerke Tempelhof M. Meyer wird uns geschrieben:

Am Sonntag fand im Restaurant „Wilhelmsgarten“ in Tempelhof eine Betriebsversammlung statt. In der gutbesuchten Versammlung referierte Kollege Koch I vom Deutschen Metallarbeiterverband über die wirtschaftliche Lage. Unter der etwa 1000 Mann starken, gut organisierten Belegschaft befinden sich zwei Dutzend Unionisten, die mit einem halben Dutzend ihrer „Kanonen“ anrückten, denen, obgleich sie in einer Betriebsversammlung eigentlich nichts zu suchen hatten, von der toleranten Versammlungsleitung doch vollste Redefreiheit gewährt wurde. Diese Redefreiheit sah die „Kampfkämpfer“ Kolata natürlich als Schimpffreiheit an. Er erhielt von der Versammlung und dem Kol. Koch I die gebührende Abfuhr. Den Einberufern von Betriebsversammlungen, denen an der Erledigung ihrer Tagesordnung im Interesse ihrer Belegschaft liegt, können wir jedenfalls nur empfehlen, keinen betriebsfremden Unionisten Gastfreundschaft zu gewähren, da diese jedes Entgegenkommen regelmäßig mißbrauchen.

Der Kampf um die Arbeitszeit in England.

In der englischen Bauindustrie dürfte es in kurzer Zeit zu einem Riesenkampf kommen. Dort herrscht noch die 44-Stunden-Woche. Die Unternehmer wollen nicht allein diese beseitigen, sondern zugleich eine Lohnkürzung von 20 Proz. durchsetzen. Die Verhandlungen über den Neuschluß eines Reichstaris sind gescheitert. Die Vertreter des Bauarbeiter-Verbandes, der in England alle Berufsgruppen der Bauindustrie umfaßt, haben an den Generalrat des englischen Gewerkschaftskongresses um Unterstützung appelliert. Diese ist ihnen zugesagt worden. Der Kampf wird vor allem deshalb auf beiden Seiten mit großer Schärfe geführt werden, weil es sich dabei in erster Linie um eine Verlängerung der Arbeitszeit handelt.

Die englischen Bauarbeiter-Gewerkschaften unterstützen die Möglichkeit der Bildung einer Einheitsgewerkschaft für die Bauindustrie. Ein Unterscheid, in dem alle Gewerkschaften, die dem Landesverband der Bauarbeiter angehören, vertreten sind, wurde eingeleitet, um die Frage zu unteruchen und einer abzuhaltenden Konferenz Bericht zu erstatten.

Deutscher Verkehrsband (Bezirksverwaltung Groß-Berlin). Unsere Funktionäre, Vertrauensleute und Mitglieder können die von der Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission beschlossenen Sammellisten zur Unterstützung der Ruhrarbeiter von den Branchenleitungen oder auch im Bureau Engelster 24/25, 8 Tr., Zimmer 48 in den Tagesstunden in Empfang nehmen. Wir bitten, sich rege an der Sammlung zu beteiligen und die Listen überall in Betriebe zu verteilen zu lassen. Beschlossen ist, einen Stundenlohn zu zahlen.

Der Steffiner Hafenarbeiterstreik, der seit drei Wochen den Schiffsverkehr im Stettiner Hafen lähmte, ist beigelegt. Die Reedereien und die Schiffarbeiter haben den Schiedspruch des Schiedsrichters angenommen, der den Arbeitern eine 60-70prozentige Lohnerhöhung bringt.

Die Aussperrung in der schwedischen Papier- und Eisenindustrie ist gestern erfolgt und betrifft etwa 50 000 Arbeiter. Die Gewerkschaften haben beschlossen, darauf mit einem Generalstreik zu antworten.

Wirtschaft

Hoffnungen und Befürchtungen in England.

Wie im vorigen Jahre der amerikanische Kohlenstreik, so fördert jetzt die Ruhrbesetzung die englische Kohlenausfuhr, in erster Linie nach Deutschland selbst, dann aber nach Zentral- und Westeuropa und in die Länder, welche bisher deutsche Kohle benutzten. Für den Augenblick ist England in der Tat das einzige exportfähige Kohlenland, da die Vereinigten Staaten infolge der neuzeitlichen Konjunktur und der Nachwirkung des Kohlenstreiks als Ausfuhrland nicht in Frage kommen. Frankreich und Belgien können vorläufig auch nichts ausführen. So entstand der Vorprung des englischen Kohlenexportes.

Auf der anderen Seite hat aber der englische Kohlenbergbau Angst vor der Zukunft. Wenn sich nämlich Frankreich der deutschen Ruhrkohlenproduktion bemächtigt und diese von der deutschen Industrie ablenkt, so kann es die deutsche Kohle am Weltmarkt billiger anbieten als England, und zwar eben für die Länder, welche bisher englische Kohle kauften und diese auch bezahlen konnten. England könnte so seine besten Märkte verlieren und wäre seinerzeit gezwungen, seine Kohle in die Länder auszuführen, welche bisher deutsche Kohle benutzten. Diese Länder sind aber finanziell schwach, können die Kohle nur auf Kredit kaufen und wären kein guter Erfolg für die verlorenen Absatzmärkte.

Daß die Ruhrkohle in französischen Händen ihrer Menge nach der englischen Kohle eine ernste Konkurrenz machen kann, dafür sprechen folgende im „Manchester Guardian“ mitgeteilten Angaben: Die im Ruhrgebiet gefördert Kohlenmenge betrug 1913: 39 Proz. der gesamten englischen Produktion, 1920 = 38 Proz. und 1921 = 56 Proz. Da Englands Kohlenausfuhr 1913 nur 25 Proz., 1920 = 10 Proz. und 1921 nur noch 15 Proz. seiner Gesamtzeugung betrug, so könnte die Ruhrkohle, wenn der deutsche Markt von ihr abgepersert ist, auch ihrer Menge nach der englischen eine schwere Konkurrenz machen.

Die unrentablen Konturte. Zu unserer Notiz über den Rückgang der Konturte wird uns geschrieben: Der auffällige Rückgang der zwangsmäßigen Zahlungseinstellungen ist nicht allein auf die Valutakonjunktur zurückzuführen, obgleich diese unstreitig wesentlich dazu beigetragen hat, sondern auch auf die Tatsache, daß die Verkürzungen auf Kredit stark zurückgegangen sind und daß die Geldeinstellung dem Gläubiger die Annahme eines Konkursverfahrens direkt unrentabel macht. Man gibt sich daher leichter als früher mit gütlichen Ausgleichen zufrieden. Ein Beispiel möge das bezeugen: In Berlin ist im Juli 1920 über einen Kaufmann ein Konkursverfahren eröffnet worden. An Schulden waren über 4 Millionen Mark angemeldet, die Konturte war in barem Geld und in Warenforderungen von gleichem Wert. Als einziges Aktivum war ein unbebautes Grundstück vorhanden, das damals einen Wert von 18 000 M. hatte, das aber mit Sicherheitshypothek schon so überladen war, daß es aus der Masse eigentlich ausschied. Damals hatte ein Verwandter des Konkursgläubigers sich erboten, jedem Gläubiger 10 Proz. seiner Forderungen zu bezahlen, um damit den Konkurs aus der Welt zu schaffen. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Des Konkursverfahrens läßt heute noch und wird möglicherweise hinzugezogen werden, bis der Wert der deutschen Mark auf 0,9 gesunken ist. Vielleicht wird dann aus dem Verkauf des Grundstücks eine so große Menge entwerteter Papiermark gewonnen, daß alle Gläubiger damit vollständig abgefunden werden. Hätten die Gläubiger aber seinerzeit 10 Proz. angenommen, würden sie das Vielfache an Wert dessen haben, was sie später bei einer hundertprozentigen Auszahlung bekommen. Aus diesem Beispiel wird deutlich, daß heutzutage jedes einermöglichen annehmbaren Angebot eines faulen Gläubigers akzeptiert wird, nur um ein jahrelang sich hinschiebendes Konkursverfahren zu vermeiden und schließlich weit größere Verluste zu tragen.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Walter Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Stöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

Platin-, Gold- und Silberbruch
Zahngelisse, Uhren, Ketten, Ringe
sowie
Altmetalle
kauft zu
Engrospreisen
M. ZEISKE
Berlin O., Schreinerstr. 32
(Laden)
1 Minute vom Bah. Frankf. Allee
Fahrgeldvergütung
Größtes Abzugsgebiet für Händler

Gold Silber
Platin
Brillanten
kauft reell zu
höchsten
Tageskursen
C. Käferle
Uhrmacher - Juwelier
Frankfurter Allee 278

Einkauf von Brillanten,
Perlen, Smaragde, Platin, Gold- und
Silberbruch, sowie Uhren, Ketten u. Ringe,
Schapiro, Neue Königstr. 19a, im Laden.
BRILLANTEN
Platin, Gold-
u. Silber-Bruch
kauft zu höchsten
Tagespreisen
„Sohow“
Juwelen-Ges. m. b. H.
Jerusalemstr. 19-20
Preise im
Schaukasten

Juwelen,
Gold- und
Silber-Bruch
kauft zum höchsten
Tagespreis
Lohhaus Zehden,
Karlsru. 24.

Achtung **Hosen** Achtung
Jeder Art in allen Größen und
Qualitäten kaufen Sie am besten
und billigsten in der
Müsch-Gladbacher Hosen-Zentrale
Berlin, Rögner Str. 25
(Bauer Lad.), nahe Bf. Gesundbr.
Fahrten: 1, 3, 35, 37, 40, 41, 42, 99, 11, 17, 140
Fahrgeldvergütung!

Sonntage eines
Großstädtlers
in der Natur
Von
Kurt Groschwitz
Mit einem
Vorwort
von
Wilhelm Bölsche
Preis-Grundzahl
gebund. M. 1.—
broch. M. 0.50

Billige Kleiderstücke die beste Kapitals-Anlage!

Jackett-Anzüge :::: Blaue Sacco-Anzüge :::: Herren-Regen-Mäntel
Herren-Schlüpfer u. Ulster, Herren-Paletots, Cutaways, Gestr. Hosen

Solange Vorrat reicht!
Rasend billige Preise!
Riesen-Auswahl!

Hugo Simon

Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung

133 CHARLOTTENBURG 133
Wilmersdorfer Straße
an der Bismarckstraße.

Weitester Weg lohnend!

Zahngelisse

einzelne Zähne, auch zerbrochene,
Gold- und Silberbruch, Brillanten,
Uhren, Ketten, Ringe kauft
Malitzki & Weiss
Warschauer Str. 5, n. d. Frankf. Allee.

Strickjacken

aller Art
Sportgarnituren, Jumper usw.
Billigste Bezugsquelle!
Bruno Richter, Fabrikniederlage
thür. Wollwaren
10, Bf. Schön. Al.
Kopenhagener Str. 67, 1. u. 2. Stock, Nordring
u. Bln.-Pankow, Mendelstr. 36 I. Pkw. 3723
Nur Einzelverkauf!

Preiswert:
Leder
Berthold Kuttner
Lederhandlung
BERLIN SO 26
Reichenberger Str. 14
Von 1-3 Uhr geschlossen.

Von unten auf

Ein neues Buch der
Freiheit
Gesammelt und gestaltet
von Franz Diederich
Aus dieser unvollständigen
Sammlung sozialer Be-
ziehungen wird dem
Lektüre- und Freude am Erden
u. Kraft umzuwandeln.
Ein literarisches An-
denkmal für den So-
zialisten, das auch jeder
Vortragende bei Veran-
lassungen benutzen sollte.

Schön in Halbklein geb.
Preis-Grundzahl M. 3.—
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 2

Wo laß ich meinen Anzug machen?
Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?
Max Motel, Schneidermstr.
Neufün, Ringbahnstr. 33, Tel. 909.
Lieferung für höchste Staatsbeamten
Pilsener Bierbrauereien u. Danföhrchen

86 Gartenstr. 86

Zahngelisse

Gold, Silber-Bruch, Platin
kauft zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
86 Gartenstr. 86
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!